

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

53. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 7. Oktober 1915

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinferate usw. 15 Pfennig die Zeile; Säule, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 116

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Erfreuliche Stellungnahme eines Prinzipalsvereins. Das Buchgewerbe im Auslande: Ungarn. — Frankreich. — Amerika. Korrespondenzen: Breslau. — Bülh i. B. — Siegen. — Wefel. Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Kriegszulagen. — Der Direktor des württembergischen Staatsanzeigers vor Gericht. — Kriegsverlechte und Kleinhandel. — Republikanischer Staatspräsident und Arbeiter.

Erfreuliche Stellungnahme eines Prinzipalsvereins

Im letzten „Rückblick und Ausblick“-Artikel (Nr. 112 vom 28. September) haben wir uns in mehreren Abschnitten ausführlicher als sonst und mit besserer Materialausstattung über bei unseren Prinzipalen zu machende Wahrnehmungen mit einem Thema beschäftigt, das die empfindendste Erscheinung des Kriegs zum dringendsten gemacht hat. Es ist da der mehrfach zu beobachtenden Aufstellung auf Prinzipalsseite entgegengetreten worden, als wäre das aus dem schlimmsten Zeitübel heraus verursachte Ergehen um Aufbesserung des Lohnes ein Anschlag oder eine Gefährdung des Tarifs, sind etwa welche korporative Abwehrmaßnahmen der Prinzipale kritisiert wie die verschiedentlich gewählte Form des Vorkommens der Gehilfen als unfähig bezeichnet und ist auch ein Überblick über die bisherigen Bewilligungen von Steuerungsulagen gegeben worden. Ferner kam zum Ausdruck, daß man von Prinzipalsseite nicht einfach abweisend oder mit nicht zureichenden Argumenten hätte antworten sollen, sondern besser gelan und auch in Anbetracht der unbestreitbar sehr schwer drückenden Verhältnisse sozialverträglicher gehandelt sein würde, wenn statt des Abwinkens eine Empfehlung an die übrigen Prinzipale am Ort oder im Bezirk ergangen wäre, nach Kräften und den besonderen Umständen entsprechend den Gehilfen Entgegenkommen zu zeigen. Denn daß dies nicht in jedem Falle möglich ist, kann nur der verkennen, der lediglich die größten Druckerereien oder nur die Riesenblätter sieht und den oft genug besondern Umstand, daß der Fabrik nach die Mittel- und Kleinbetriebe bei uns den Löwenanteil haben, außer acht läßt. Bei früheren Gelegenheiten hatten wir uns ähnlich geäußert.

In Frankfurt a. M. wurde von einer korporativen Eingabe an die Prinzipalität abgesehen, dafür aber ließ man Mitte September die Vertrauensleute vorstellig werden und das Anliegen der Personale vortragen.

Die Prinzipalität hatte aber davon erfahren und deren örtlicher Vorstand ersuchte, keinerlei Zulage zu geben. Erforderlichenfalls werde sofort eine Versammlung einberufen, die ein gleichmäßiges Verhalten gegenüber dem „tarifwidrigen Vorgehen der Gehilfen“ beschließen solle. Das war zweifellos über das Ziel geschossen, weil von einer Tarifwidrigkeit hier doch nicht gesprochen werden kann. Weiteres zu diesem Prinzipalszirkular zu sagen ist nach unsern mehrmaligen und auch den einleitend erwähnten Darlegungen überflüssig. Die Frankfurter Gehilfenschaft jedoch konnte nach diesem Schritte des örtlichen Prinzipalsvorstandes nun ihre Forderungen begraben und sich weiser den Kopf zerbrechen, wie mit den ja nur normalen Zeiten angepaßten Löhnen der schrecklichen Steuerungszeit des Kriegs noch länger standgehalten werden solle.

Indes, es kam erfreulicherweise anders, wie beabsichtigt werden mußte. Am 1. Oktober verhandelte der örtliche Vorstand der Prinzipale ein Rundschreiben dieses Inhalts:

Der unterzeichnete Vorstand hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, sämtlichen der Tarifgemeinschaft angehörenden heiligen Firmen die nachstehende Mitteilung zugehen zu lassen.

Mit Rücksicht auf die erhebliche Steigerung der Preise aller Lebensmittel, die besonders in kinderreichen Familien einen wesentlichen Einfluß auf die Wirtschaftsführung ausüben, wird empfohlen:

1. Den verheirateten männlichen Angestellten, soweit sie nicht an Wochenlohn 5 Mk. über das Minimum beziehen, eine monatliche Steuerungsulage bis auf Widerruf zu gewähren;

2. diese Zulage auf 8 Mk. monatlich einheitlich zu bemessen;
3. mit dieser Zulage im Oktober zu beginnen, erstmalig zahlbar am 31. Oktober 1915;
4. Sowieviel auch für die mit mehr als 5 Mk. über das Minimum entlohnten Gehilfen und angestellten Beamten eine Zulage zu gewähren ist, bleibt dem Ermessen der Prinzipale überlassen.

Unsre Frankfurter Kollegen werden mit diesem Ausgange der Sache gewiß zufrieden sein und ihrer Prinzipalsleistung dafür Dank wissen. Die dortigen Druckerereihaber jedoch werden hoffentlich der ihnen gewordenen Empfehlung in weitestem Maß entsprechen. Frankfurt a. M. hat sich erst jüngst durch den im „Korr.“ besprochenen Jahresbericht des Kreisvorstandes (den uns der Vorsitzende, Herr Eugen Maslau, als eine mit dem Verhandlungsberichte gemeinsame Druckschrift nummehr hat in dankenswerter Weise offiziell zugehen lassen) mit einem der Zukunft gewidmeten Gebissen einen guten Namen gemacht. Was jetzt die örtliche Prinzipalsleitung, für die Herr Schlosser zeichnet, in der Steuerungsangelegenheit befehndet hat und uns ebenfalls offiziell bekannt gibt, bildet einen praktischen Niederschlag der so sympathischen Worte des Kreisvorstandes. Eine Stellungnahme dieser Art ist bisher nicht zu verzeichnen gewesen und kann daher nicht warm genug als Vorbild empfohlen werden, denn die Not der Zeit drückt immer schwerer auf den doch am meisten leidenden Teil: die Gehilfenschaft. In Frankfurt a. M. hatten übrigens bis zum Oktober schon 12 Firmen Kriegszulagen im Betrage von 1 oder 2 Mk. wöchentlich gewährt.

Daß die Prinzipalsorganisation selbst sich auch nicht grundsätzlich ablehnend in dieser Frage verhält, wie nach der von einzelnen Vorkänden eingenommenen ablehnenden Haltung gedeutet werden könnte, geht aus einer Stelle des der Eisenacher Tagung, auf die wir in nächster Nummer zu sprechen kommen, erstatteten Geschäftsberichts hervor, wo es heißt:

Mancher Prinzipal wird auch, obwohl sein Buchdruckerbetrieb ohnehin schon schwer belastet ist und eine tarifliche Verpflichtung nicht vorliegt, seinen Gehilfen, soweit sie schon längere Zeit im Betriebe beschäftigt sind und die in der Kriegszeit eingetretene Verfeinerung des Lebensunterhaltes als Familienvater besonders hart empfinden, freiwillig Lohnzulagen gewährt und hierdurch sein Personal zu voller Pflückerfüllung in diesen schweren Zeiten angespornt haben.

Der Geschäftsbericht wurde in der Eisenacher Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckerereihvereins einstimmig aufgegeben, woraus sich bezüglich dieses Passus doch wohl auch die Aufmunterung ergibt, ebenfalls nach diesem Beispiele zu handeln und dort den entgegengelegten Standpunkt aufzugeben, wo man sich dabei allzusehr von alten Vorstellungen leiten ließ, die auf die durch diesen Krieg eingetretene ganz ungewöhnlichen Verhältnisse jedoch gar nicht passen. Die von den Frankfurter Prinzipalen gegebene vorbildliche Handlungsweise wird hoffentlich allgemeiner zu einer veränderten Auffassung beitragen und das in dieser Beziehung nur irgend Mögliche noch geschehen lassen. Gehilfenseitig aber wolle man diese Angelegenheit mit dem nötigen Verständnis behandeln und ebenfalls von veralteten Mitteln und Wegen absehen.

Das Buchgewerbe im Auslande

Ungarn. Die Budapestter Buchdruckerereihbeamten beschloßen in einer Versammlung, die Prinzipale um Gewährung einer Steuerungsulage anzugehen, da die untaugliche zunehmende Steuerungs das Führen einer die Erhaltung der Gesundheit gewährleistenden Lebensweise unmöglich zu machen beginnt. Mit der Übermittlung dieses Verlangens an die Prinzipalsorganisation wurde der Verein der Papierhandlungs- und Druckerereihbeamten ~~und~~ angestellter betraut.

Frankreich. Über die Stellungnahme unsrer französischen Kollegen bezüglich der späteren Wiederbelebung der internationalen Beziehungen konnte

bisher wenig Erfreuliches berichtet werden. Es ist noch zu früh, um jetzt schon über die Auslichten in dieser Beziehung eine Untersuchung anzustellen. Die bisherige Entwicklung des Kriegs, wenn man sie in erster Linie berücksichtigt, entschuldigt in etwas das Schmolzen der Buchdrucker jenseits der Vogesen. Verwunderlich ist nur, daß ein großer Teil der übrigen Arbeitererschaft mit weniger Erfahrungen und Einrichtungen auf internationalem Gebiete anscheinend einen andern Standpunkt einnimmt als die Buchdrucker mit ihrer während eines Vierlethrhunderter ausgebauten internationalen Gegenseitigkeit. Ihnen sollte man in dieser Frage eigentlich in erster Linie ein Urteil über deren Notwendigkeit nach dem Kriege zutrauen. Unerwartend ist weiter, daß der ablehnende Standpunkt gegen die Wiederaufnahme der Beziehungen vom Hauptvorstande des französischen Verbandes unter Führung des Kollegen Keuser, hinter dem man die große Mehrheit der Mitglieder vermuten darf, genährt wird. Keuser, der unsern Generalversammlungen seit Jahrzehnten beigezogen hat, kann als besser Kenner der deutschen Verhältnisse und als ihr früherer wärmster Befürworter bezeichnet werden. Wenn er von seinen deutschen Besuchern zurückkehrte, so mußte er viel des Nachahmenswerten zu berichten. Besonders die deutsche Laktik deckte sich mit seinen Anschauungen. Für deutsche Einrichtungen (es sei nur an die kollegialen Gesangsvereine erinnert) entfaltete er eine rege Werbetätigkeit. Nun aber spricht derselbe Keuser von den „deutschen Internationalisten“! Aber Keusers letztes Auftreten auf der französischen Gewerkschaftskonferenz am 15. August, von deren Verlauf wir in unsrer letzten Gewerkschaftsrevue berichteten, sei auch einiges mitgeteilt.

Bekanntlich hatten es die französischen Buchdrucker ursprünglich abgelehnt, sich auf der Konferenz zu vertreten zu lassen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man die ablehnende Haltung gegen die Bekämpfung der Gewerkschaftskonferenz zurückführt auf die Vermutung der französischen Kollegen, es solle dort dem Frieden das Wort geredet werden. Im letzten Augenblick hat jedoch der Vorstand des französischen Verbandes seine Ansicht geändert, weil er glaube, „daß es seine Pflicht sei, an der Konferenz sich vertreten zu lassen, seine Vertreter gleichzeitig ausfordernd, sich aufs Bestimmteste gegen jede Behandlung des Kriegs auszusprechen, die Tagesordnung vielmehr einzig und allein den wirtschaftlichen Fragen der Gewerkschaften unterzuordnen“, so laute die gegebene Begründung für die neue Richtlinie des Hauptvorstandes. Der Inhalt der von Souhau eingereichten und von der Konferenz mit großer Mehrheit angenommenen Tagesordnung ist im „Korr.“ veröffentlicht worden. Die Kollegen Keuser und Samelin enthielten sich der Abstimmung. Aber die Konferenz selbst berichtet Keuser in folgender Weise: Mehrere Delegierte haben sich fundamental angestrengt, um ihren Kriegshaß zum Ausdruck zu bringen, die Entschien zu malen, die er hervorbringt und die Ruinen, die er sät jetzt und später. Resolutionen wurden eingereicht, die die Gedanken der Sprecher zusammenfassen und auf Friedensverhandlungen hinstreben, ohne daß eine praktische Idee dabei herausgekommen wäre. Wünsche, Gebühlsbeeinflussungen — aber ein Ausweg, der verwirklicht werden könnte, keinen. Keuser fährt fort: Was übrigens den Grundhaß betrifft bezüglich der Wiederaufnahme internationaler Beziehungen, so haben sich die Buchdrucker verhindert, für die vorgeschlagenen Resolutionen zu stimmen. Denn vor dem Verhalten der deutschen Internationalisten ist es eine Pflicht der französischen Arbeitererschaft, auf der Hut zu sein, um nicht noch einmal so grauam betrogen zu werden. Eine solche Meinung sollte man von einem Gewerkschaftsführer nicht erwarten, der doch wissen mußte, wie ernsthaft es die deutschen Buchdrucker von jeher mit der Erfüllung ihrer internationalen Solidaritätspflichten genommen haben. Der Krieg mit seinen Begleiterscheinungen hat eben das Urteil Keusers, der Hauptfäule des französischen Verbandes, stark getrübt.

Nach einem Jahr ist die französische Fachzeitschrift „Le Courrier du Livre“ wieder erschienen. Die erste Nummer enthält eine lange Liste von Firmen (gegen 150) deutscher und österreichischer Staatsangehöriger, deren Betriebe vom Staate verwallt werden. Dagegen sah sich die „Großmutter“ der Pariser Tageszeitungen, die „Gazette de France“, „aus kriegswirtschaftlichen Gründen“ gezwungen, ihr Erscheinen am 1. Oktober einzustellen. Die erste Nummer der „Gazette de France“, die ein Organ der Royalisten war, erschien am 30. Mai 1915. **Amerika.** Die diesjährige Verbandstagung unsrer amerikanischen Kollegen, die Konvention der International Typographical Union, fand Mitte

